

UTSCHLAND



Der Dilettant

Peer Steinbrück strapaziert die Nerven seiner Partei. Zu oft sagt er Sätze, die den Genossen nicht gefallen. Vor allem die SPD-Linke will ihn stärker an die Kandare nehmen, auch Parteichef Gabriel zeigt intern Unmut.

Er geht nicht zum Rednerpult, er schaut es nicht einmal an. Als wäre das Rednerpult der Feind. Peer Steinbrück steckt eine Hand in die Hosentasche, tänzelt vom linken auf den rechten Fuß und sagt: „Würde ich mich dahinterstellen, dann würde ich eventuell eine Bemerkung machen, die ich anschließend wieder einfangen müsste.“

Es ist Freitagabend, er steht in der Emdener Nordseehalle und soll eine Rede im niedersächsischen Landtagswahlkampf halten. Die Zuhörer johlen, sie haben die Pointe sofort verstanden. Steinbrück ist inzwischen bekannt dafür, dass seine Worte viel Wirbel machen können. Er kneift die Lippen zusammen, dann redet er, unfallfrei.

Das ist inzwischen eine Nachricht. Peer Steinbrück hat gesprochen, und niemand muss sich aufregen über seine Worte. So weit ist es gekommen mit ihm. Vom einst verehrten Bundesfinanzminister ist er zu einem wackeligen Kanzlerkandidaten der SPD geworden.

„Er kann es“, hat der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt im Oktober 2011 gesagt, und der SPIEGEL hat Schmidt damit auf der Titelseite zitiert. Nun schwebt ein viertes Wort über dem Ende dieses kurzen Satzes, das Wort „nicht“. Vielleicht war Peer Steinbrück ein Irrtum für die SPD. Das ist denkbar geworden.

Selten ist eine Kandidatur so holprig gestartet, selten war ein Kandidat in den eigenen Reihen so umstritten wie Steinbrück. Am vorvergangenen Sonntag schaffte er es, in einem Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ gleich zwei Klöße unterzubringen. Er fand das Kanzlergehalt zu niedrig und erweckte damit den Eindruck, sich ein besseres Einkommen verschaffen zu wollen. Und er behauptete, Bundeskanzlerin Angela Merkel habe einen „Frauenbonus“, wobei viele Frauen zu Recht davon ausgehen, dass sie im Arbeitsleben eher einen Malus haben.

Es war mal wieder passiert. Steinbrück hatte geredet, und im rot-grünen Lager wurden die Köpfe geschüttelt, während die Gegner einander freudig abklatschen konnten. Steinbrück sei nun „auch der Wunschkandidat der CSU“, lästerte deren Vorsitzender Horst Seehofer.

Aber warum „auch“? Die SPD fragt sich inzwischen, ob sie den richtigen Kanzlerkandidaten hat. Das fängt bei Parteichef Sigmar Gabriel an, der sich zwar im Gespräch mit dem SPIEGEL (Seite 22) gemäßigt zu Steinbrück äußert. Aber im Lager des Kandidaten haben sie längst registriert, dass Gabriel hinter vorgehaltener Hand böse Sachen sagt.

Es hat sich so viel Unmut aufgestaut, dass nun die ersten Mitglieder der Parteiprominenz Steinbrück öffentlich schelten. Erhard Eppler, einst Bundesminister, dann führender Denker der SPD, sagt: „Für manche Politiker gilt: Kanzler werden ist nicht schwer, Kanzler sein dagegen sehr. Bei Peer Steinbrück scheint es umgekehrt zu sein.“ Die Parteilinke, die sich lange mit Steinbrück befehdete, seit Oktober aber loyal war, will ihn künftig streng unter Aufsicht nehmen. Die Zeit des Friedens in der SPD ist vorbei.

Auch manchen Grünen reicht es schon. Ausgerechnet aus der Bundestagsfraktion schallen kritische Stimmen, und mit diesen Leuten will Steinbrück eine Regierungskoalition bilden. Der Abgeordnete Ulrich Schneider twitterte als „Wunsch für 2013: dass die SPD schnell merkt, dass Steinbrück niemals Kanzler werden wird, und bald aufhört, einen toten Gaul zu reiten!“

Steinbrück ficht das alles nicht an. Er sagt: Das muss man doch sagen dürfen. Er beharrt auf dem Recht zur freien Rede. Er beharrt auf dem Recht zur freien Rede, manche würden sagen zur haltlosen oder losen Rede. Der Kandidat will nicht nur den Wahlkampf gewinnen, sondern auch das politische System herausfordern. Bislang gilt, dass ein Politiker seine Worte desto mehr hüten muss, je höher er steigt. Steinbrück dagegen will frisch von der

Leber weg reden dürfen. Dieses Organ stand früher in dem Ruf, Sitz der Empfindungen und Gefühle zu sein. Steinbrück hat einen emotionalen Politikan-satz, und den will er sich bewahren. Das könnte ihn den Kandidatenkopf kosten.

Die Partei hat in den Wochen der Krise stillgehalten, aber mit dem Beginn des Wahljahrs hat sich die Geduld erschöpft. Seit drei Monaten ist die SPD im Modus der Krisenkommunikation. Bislang funktionierte das so: Steinbrück patzt, seine Leute verteidigen ihn, die Partei schweigt. Dieses Prinzip stößt nun an seine Grenzen. Quer durch alle Parteiflügel und Landesverbände herrscht Entsetzen über den neuerlichen Fehler.

Kaum ein Spitzenpolitiker hat sich nach dem Interview vor Steinbrück gestellt, nur Generalsekretärin Andrea Nahles gab die Pflichtverteidigerin. Selbst Steinbrücks Unterstützer sind fassungslos über den Fehler, solche Sätze in einer nachrichtenarmen Zeit wie den Weihnachtsfeiertagen öffentlich zu sagen. Hinter den Kulissen wird gerätselt, wie es dazu kommen konnte, kaum jemand bringt noch Verständnis auf. „Die bewusst gesetzten Fallstricke dieses Interviews hätte man erkennen können“, sagt der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich.

Ihn stört nicht nur, dass sich Steinbrück überhaupt auf ein Interview zum Thema Geld eingelassen hat, ihm fehlen auch inhaltliche Akzente: „Wir alle müssen jetzt darauf achten, Inhalte zu benennen und die Partei mitzunehmen.“

Viele in der SPD kreiden Steinbrück diese Schwäche an. Er ist oft erbost, dass die Medien seine Inhalte nicht aufgriffen, doch in der Partei ist man enttäuscht, dass es so wenige Inhalte von ihm gibt. Es geht nicht nur um sein Reden, auch um sein Schweigen. Warum, fragt ein Sozialdemokrat aus der Führungsspitze, hat Steinbrück die Deutsche Bank nicht attackiert,

als herauskam, dass sie mutmaßlich Steuern hinterzogen hat? Warum hat sich der Kandidat ausgerechnet bei diesem Thema so handzahn gezeigt?

Vor allem die Parteilinke ist enttäuscht. Bislang hat sie sich das wunderliche Treiben des Kandidaten irritiert, aber stillschweigend angeschaut. Doch nachdem das Interview zum Kanzlergehalt erschienen war, tauschten die Anführer ihren Frust per Telefon aus. Sie waren besonders über einen Satz Steinbrücks beleidigt. Der hatte auf dem Nominierungsparteitag im Dezember eine Rede gehalten, die der SPD ans Herz gehen sollte. Auf die Interviewfrage, warum er das gemacht habe, fand Steinbrück keine inhaltliche Begründung, sondern trotzte sich nur ein „Hätte ich eine Rede halten sollen, mit der ich die eigene Partei quäle?“ ab.

In mehreren Telefonaten beschlossen führende Linke, nicht mehr zu schweigen, sondern Steinbrück erstmals auch öffentlich zu kritisieren. Und sie wollen ihn genau beobachten und in seine Schranken weisen. Steinbrück wollte zu Beginn seiner Kandidatur „Beinfreiheit“. Er hat sie zu Anfang des Wahljahrs bereits nahezu komplett verloren.

Absturz statt Auftakt

Befragte, die mit der politischen Arbeit Peer Steinbrücks zufrieden sind, in Prozent



Für Anfang Februar hat die Parteilinke ein Treffen in Berlin angesetzt, um eine Zwischenbilanz zu ziehen und den weiteren Kurs zu bestimmen. „Ich erwarte, dass nun klare Positionen zu Arbeitsmarkt, Rente und Mietenpolitik die Debatten der SPD bestimmen“, sagt der Berliner Landeschef Jan Stöß und gibt damit den Ton für das Frühjahr vor. Der Kandidat muss sich der Parteilinken anpassen, um deren Unterstützung nicht zu verlieren.

Der schleswig-holsteinische Landeschef Ralf Stegner geht schon jetzt vorsichtig auf Distanz. „Wenn wir uns um Gehälter kümmern sollten, dann um die der Krankenschwestern.“ Alles

andere lenke von der inhaltlichen Attacke gegen Merkel ab.

Steinbrück hatte nicht damit gerechnet, Merkel herausfordern zu können. Nachdem er und die SPD im Herbst 2009 aus der Regierung gewählt worden waren, hatte er aufgehört, ein ernsthaftes politisches Leben zu führen. Er war Mitglied des Bundestags, schrieb aber vor allem ein Buch und ließ sich für Vorträge fürstlich bezahlen. Er lebte nicht wie ein hoher Repräsentant der SPD, sondern wie der Privatmann Steinbrück gern lebt. Auch als er sich von Schmidt hatte ausruhen lassen, passte er sein Leben nicht seinen Ambitionen an. Er war nun Spieler und setzte auf Risiko.

Das rächte sich, als er Kandidat wurde. Nun zog er große Aufmerksamkeit auf



sich, und alsbald wurden seine Nebeneinnahmen zum Thema. Zwischen November 2009 und Juli 2012 hatte er sich 1,25 Millionen Euro zusammengeredet. Er war jetzt Anführer vom Club der Millionäre in der SPD. Anrühlich war ein Honorar, das er von den Stadtwerken Bochum bekommen hatte, 25 000 Euro für einen Auftritt von gut einer Stunde. Und das in der arg gebeutelten Revierstadt Bochum, für die Steinbrück einst als Ministerpräsident Verantwortung trug.

Steinbrück entschied sich spät dafür, zu diesem Fall ein paar bedauernde Worte zu finden. Insgesamt zeigte er ein irritierendes Maß an sozialer Unempfindlichkeit. Er rechtfertigte sich damit, dass alles rechtens war, und motzte gegen die Medien, die den Fall aufbauschen würden. Steinbrück verstand nicht, dass die SPD immer noch auch eine Partei der kleinen Leute sein will und dass es manche dieser Leute als ungerecht empfinden könnten, wenn Männer wie Steinbrück für wenig Arbeit viel Geld bekommen, sie aber für viel oder harte Arbeit wenig Geld. Ein paar einordnende Sätze hätten sicherlich geholfen, doch Steinbrück wies dieses Ansinnen brüsk zurück. Es war alles rechtens, basta. Eine ziemlich simple Welt sieht zeigte sich da.

Seine nächste Dummheit trägt den Namen Roman Maria Koidl. Der sollte im November 2012 zum Beauftragten für das Internet werden, obwohl Koidl früher für einen Hedgefonds gearbeitet hatte, also eine der sogenannten Heuschrecken, die für Teile der SPD das große Feindbild sind. Wieder zeigte sich, dass Steinbrück nicht gewillt ist, intensiv über die Gemütslage seiner Partei nachzudenken. Koidl wurde schnell entsorgt, aber spätestens da stellte sich die Frage, wie professionell Steinbrück und sein Team arbeiten.

Anfang Dezember plauderte er munter über Wein: „Eine Flasche Pinot Grigio, die nur fünf Euro kostet, würde ich nicht kaufen.“ Der Connoisseur mit dem exquisiten Geschmack ist auch nicht gerade eine Standardrolle der Sozialdemokratie.

Ebenfalls Anfang Dezember kam der nächste Fauxpas ans Licht. Nur drei Tage vor dem Bundesparteitag der SPD hätte Steinbrück einen letzten Vortrag bei einer Privatbank in Frankfurt am Main halten wollen. Er konnte es einfach nicht lassen. Doch dann ermittelten die Staatsanwälte bei der Sarasin-Bank wegen einer Steuerangelegenheit. Nun hatte selbst Steinbrück ein Einsehen und sagte seinen Termin ab.

Nach dieser Vorgeschichte wirkte es seltsam, dass Steinbrück am 30. Dezember der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ sagte, dass ein Kanzler zu wenig Geld verdiene, als wolle er Vorsorge dafür treffen, nie einen Pinot Grigio unter 20 Euro trinken zu müssen. Etwa



Bundeskanzlerin Merkel: Steinbrücks Gegner klatschen sich freudig ab

18 000 Euro verdient die Bundeskanzlerin im Monat, und die hat sich bislang nicht beklagt.

Man kann durchaus, wie Steinbrück, die Meinung vertreten, dass ein Regierungschef nicht weniger bekommen dürfe als durchschnittliche Sparkassendirektoren, rund 300 000 Euro. Doch er hat dieses Ansinnen ohne jeden einordnenden Satz vorgebracht, er hat nicht erkennen lassen, dass ihm bewusst ist, wie abgehoben der sozialdemokratischen Urklientel diese Forderung vorkommen kann.

So machte Steinbrück in den ersten Wochen der Kandidatur den Eindruck, dass er schwer hinter dem Geld her ist, dass er die großen Zahlen liebt und wenig Verständnis für Belange von Geringverdienern hat. Ein lupenreiner Sozialdemokrat sieht so nicht aus.

Er ist ja auch keiner. Aber muss er das so plump ausstellen? Was ist in Peer Steinbrück gefahren?

Er ist aufbrausend, er kann nicht immer kontrollieren, was er sagt und tut. Sein Worte purzeln ihm oft aus dem Mund und werden dann vom Medienbetrieb scharf unter die Lupe genommen. Die Journalisten verharren nicht mehr bei der Freude über seine süffigen Formulierungen. Sie fragen nun, ob die Worte zu seiner Rolle als Kandidat passen, und Politik ist ein Wortgeschäft. Es kommt sehr darauf an, was einer sagt.

Das andere ist: In sozialen Fragen hat er eher eine stumpfe Seite. Steinbrück ist von Haus aus Finanzpolitiker. Das sind die Leute, die das Geld zusammenhalten wollen. Mit den Sozialpolitikern liegen sie oft im Streit, weil die Haushaltsmittel für ihre Programme brauchen. Steinbrück hat die Agenda 2010 immer verteidigt und sie sogar „eine der größten politischen Leistungen der Nachkriegszeit“ genannt. Das werden ihm einige Sozialpolitiker der SPD nie verzeihen.

Steinbrück hat vor allem ein Auge für die Belange der Wirtschaft. Das war schon so, als er als Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen die Politik seines grünen Koalitionspartners bekämpfte. Vom ganzen Habitus her gehört er eher auf die Seite der Arbeitgeber als auf jene der Arbeitnehmer. Deshalb laden sie ihn auch so gern zu Vorträgen ein.

Schlimm ist das natürlich nicht. Wenig von dem, was Steinbrück gesagt oder getan hat, ist unanständig. Warum soll er nicht viel Geld verdienen? Warum soll er sich nicht gute Weine gönnen? Warum soll er nicht ein höheres Kanzlergehalt fordern? (Bochum ist da ausgenommen. Bochum war geschmacklos.)

Die große Frage für Steinbrück heißt: Warum soll ein Politiker nicht sagen können, was er denkt? Gerade das wird doch oft gefordert, die Politiker sollen sich nicht verbiegen, sollen freiheraus



SPD-Ministerpräsidentin Kraft: 2017 ist sie reif für eine Kandidatur

WAZ FOTOPOL / ACTION PRESS

reden. Aber wenn sie es tun, werden sie von der medialen Öffentlichkeit kritisiert. Steinbrück fordert das System an dieser Stelle heraus, indem er sich nicht an die ungeschriebene Regel hält, dass Verheimlichung in der Politik oft zum Erfolg führt. Das beste Beispiel dafür ist Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die sagt selten, was sie denkt, eckt wenig an und hat es damit zu großer Beliebtheit gebracht.

Bevor Steinbrück Kanzlerkandidat wurde, zog er als Buchautor und Vortragsreisender durch die Lande. Er hatte großen Erfolg, die Säle waren voll, die Menschen jubelten ihm zu. Er wurde geliebt für seine Offenheit, kritisierte Politiker, kritisierte vor allem Funktionäre der SPD. Endlich sagt mal jemand, wie es ist, dachte sein Publikum, und Steinbrück hat das genossen. Er redet noch heute glühend von diesen herrlichen Zeiten.

Bei den Lesungen hat er das Selbstvertrauen für eine Kanzlerschaft getankt. Er dachte, dass einer, der so gut ankommt bei den Leuten, auch wählbar sein muss. Er dachte, dass er beliebt bleibt, wenn er frei von der Leber weg redet.

Aber er hat sich geirrt, er hat einen Transfer von den Lesungen in die Politik gemacht, und das ist ein Fehler. In der Beliebtheitsskala des SPIEGEL rangiert er auf Platz 7, mit einem riesigen Abstand von 17 Prozentpunkten zu Merkel. Der Vorsprung der Union auf die SPD ist mit Steinbrück als Kandidat von sieben auf zwölf Prozentpunkte gewachsen.

Bei seinen Lesungen und Vorträgen war Steinbrück als Steinbrück aufgetreten, als Ich, nicht als Repräsentant der SPD. Wer jemals einen Führungsjob übernommen hat, weiß, dass er nicht ganz Ich bleiben kann, wenn er seinen Job gut machen will. Die Vorstellungen seiner Leute müssen in seine Ansichten einfließen.

Steinbrücks Leute sind die Sozialdemokraten und deren Wähler.

Es klingt gut, wenn jemand sagt: Ich sage, was ich denke. Ich mache, was ich will. Ich lass mich nicht verbiegen. Das sind Leitsätze von Steinbrück. Gerade gegenüber seinen Kritikern in den Medien betont er das Recht auf den eigenen Kopf, die eigenen Worte. Und dann verhöhnt er sie dafür, dass sie seine freie Aussprache kritisieren: ausgerechnet ihr!

Aber Steinbrück will Kanzler werden, und das wird er nicht gegen große Teile der SPD und deren Wähler. Deren großes Thema ist immer noch die Gerechtigkeit, und damit meinen sie nicht die Gerechtigkeit zwischen Bundeskanzler und Sparkassendirektor, sondern zwischen Gering- und Großverdienern, wie Steinbrück einer ist.

Er muss diese Leute glaubhaft re-präsentieren, das heißt, er muss deren Wünsche und Befindlichkeiten in sein Ich einfließen lassen. Dafür hat er nicht das richtige Maß gefunden. Er ist noch der Kandidat der Steinbrück-Partei, nicht der SPD. Das ist so egozentrisch wie unprofessionell.

Er gibt jetzt den Rebellen gegen das System, trotzig, dickschädelig, aber in Wahrheit macht auch er längst seine Kompromisse, kritisiert nicht mehr die Funktionäre der SPD wie noch in seinem Buch. Er trägt gegen seine Überzeugung milliardenschwere Rentengeschenke mit, verteidigt die von ihm verhasste Vermögensteuer und fordert einen flächendeckenden Mindestlohn, den er einst skeptisch sah. Er verbiegt sich längst, und anders geht es gar nicht als Kandidat einer Partei mit knapp 500 000 Mitgliedern. Warum kann er dann nicht mal auf ein paar Worte zum Kanzlergehalt verzichten?

Es ist mal so und mal so bei ihm, er hat keinen Kurs, er schlingert. Er ist ein Rebell, der sich anpasst, und damit kann man nicht überzeugen, schon gar nicht die SPD.

Für die Gehaltspassage des Interviews steht nun Steinbrücks Sprecher Michael Donnermeyer in der Kritik. „Ich verstehe nicht, warum Leute, die dafür bezahlt werden, so etwas nicht einfach aus dem Interview streichen können“, sagt ein einflussreicher Bundestagsabgeordneter. Der Polit-Blogger und ehemalige Wahlkampfmanager Edmund Stoibers, Michael Spreng, zeigt ebenfalls Unverständnis: „Ich bin entsetzt darüber, wie Steinbrück beraten wird. Seine Kampagne ist vergiftet, er ist eigentlich nicht mehr bewegungsfähig.“

Donnermeyer gilt als angezählt. Ihm dürfe so ein Fehler nicht noch einmal passieren, sagen mehrere Sozialdemokraten. Nun wird erwogen, dass Donnermeyer für Interviews weitere PR-Leute an die Seite gesetzt werden.

Ein Problem ist, dass der Kandidat kaum erfahrene Wahlkämpfer um sich versammelt hat. Zwar hat Donnermeyer in der 1998er SPD-Kampa mitgearbeitet, ist allerdings vielen dort nicht als tragende Kraft aufgefallen. Andere haben, wie der thüringische Wirtschaftsminister Matthias Machnig, zwar Erfahrung, zählen aber nicht zu den engen Vertrauten Steinbrücks.

Machnig ist vor allem ein Mann Gabriels, und dessen Lager beäugt Steinbrücks Gruppe im Willy-Brandt-Haus mit Argwohn. „Lasst die mal machen“, soll Gabriel bei seinen Leuten nach den ersten Pannen als Parole ausgegeben haben. Und so solidarisch man sich öffentlich gibt: Schließen sich die Türen, lassen Gabriels Leute kein gutes Haar an den Kollegen.

Das Verhältnis Gabriels zu Steinbrück wird in diesen Wochen auf eine echte Probe gestellt. Habituell sind sie voneinander weit entfernt. Gabriel ist ein Impuls Politiker mit dem Auge für eine populistische Debatte, er kommt aus einfachen Verhältnissen und hat diese nie vergessen. Steinbrück begeistert die Menschen in einem Hörsaal, seine Prägung und seine Interessen sind eher intellektuell.

Gabriel hat Steinbrück nicht aus tiefer Überzeugung heraus unterstützt. „Er hätte sich eigentlich am liebsten selber als Kanzlerkandidat gesehen“, sagt ein Genosse. „Er hat es nie verwunden, dass er in der Bevölkerung nicht geliebt wird“, ergänzt ein anderer.

Nach außen ist Gabriel loyal. Doch hintenrum lästert auch er über Steinbrücks holprigen Start, und der weiß das. Die Situation ist so angespannt, dass sich Steinbrück und seine Leute mit dem dritten Lager im Willy-Brandt-Haus verbündet haben, dem von Generalsekretärin Andrea Nahles. Beide waren lange zerstritten, doch nun machen sie gemeinsame Sache gegen den Parteichef, der auch Nahles schwer auf die Nerven geht. Das Motto dieses Bündnisses heißt: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Die Zusammenarbeit klappt reibungslos.

Schlechter kann die Bilanz nach drei Monaten kaum sein. Ein Kandidat, der



KLAUS STÜTTMANN

einen großen Teil seiner Partei verprellt, der keine guten Berater hat und der sich mit dem Vorsitzenden eine unterschwellige Fehde liefert – wie will man so einen Wahlkampf gewinnen?

Und kann jemand, der kein guter Kandidat war, ein guter Kanzler sein? Einen unbeherrschten Regierungschef kann sich niemand wünschen. Würde Steinbrück

so weitermachen wie bisher, hätte er bald nicht nur die Schweiz, sondern die halbe Welt gegen sich aufgebracht, dazu mögliche Koalitionspartner sowie natürlich die SPD, die Medien sowieso. Die Bundesrepublik wäre plötzlich ein wildes Land.

Es muss nicht so kommen. Steinbrück hat schon bewiesen, dass er regieren kann. Als Finanzminister polterte er auch

hin und wieder rum, vermittelte den Deutschen in der Krise aber ein Gefühl von Sicherheit. Es ist halt immer die Frage, wie er gerade so drauf ist.

Bei seiner Konkurrentin stellt sie sich nicht. Angela Merkel ist fast immer gleichmütig, was Vorteile hat, aber auch Nachteile. Merkels relativ fester Kurs in Sachen Euro ist nur möglich, weil sie zurückhaltend auftritt und die Südländer meist nur in der Sache gegen sich aufbringt, nicht mit ihren Worten. Andererseits verödet sie die Politik nach innen auch mit ihrer Strategie der kalkulierten Eingeschlagenheit und Unauffälligkeit. Ein bisschen Steinbrück wäre nicht schlecht für sie.

Deshalb waren sie zusammen, als Bundeskanzlerin und Finanzminister, ein gutes Paar, das sich trefflich ergänzte. Oben die Besonnene, unten der Polterer. Bislang konnte Steinbrück nicht klarmachen, warum es Deutschland bessergehen würde, wenn er an ihrer Stelle wäre.

Er ist noch nicht gescheitert. Aber es wird eng für ihn. Die Partei wird diese Kandidatur nicht ewig tragen. Ein wichtiges Datum ist der 20. Januar, wenn Niedersachsen einen neuen Landtag wählt. Sollte die SPD dort Einbußen erleiden und den Machtwechsel verpassen, wird das Gerede zunehmen.

Steinbrücks Temperament und Trotz ist zuzutrauen, dass er weiterhin unpassende Sätze raushaut. Noch ein, zwei dieser Fälle, und Gabriel wird sich überlegen, was seiner Partei mehr schadet: die Niederlage eines Notkandidaten oder eines Peer Steinbrück, der im Wahlkampf die SPD und ihre Klientel vergrault hat. Im Moment traut sich kaum noch einer, an einen Sieg zu denken, obwohl er möglich ist, je nachdem wie viele der kleinen Parteien in den Bundestag kommen.

In ihren resignativen Stunden machen führende Sozialdemokraten manchmal einen Zeitsprung. Sie denken nicht mehr über die Wahl 2013 nach, sondern über die Wahl 2017. Dann ist die Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, reif für eine Kandidatur. Sie ist schon jetzt bei den Bürgern die beliebteste Politikerin der SPD, und bei den Mitgliedern gilt sie als Frau, die das Herz der Partei erreichen kann.

Wahrscheinlich ist, dass die Partei Steinbrück bis zum Schluss dieses Wahlkampfes aushält. Und er? Hält Steinbrück die SPD noch lange aus? Er ist ein impulsiver Mensch und ein empfindsamer, und er würde sicherlich nicht jede Lästerei oder Illoyalität ertragen. Aber so weit ist es nicht. Steinbrück wird weitermachen, weiterreden, und bald wird es den nächsten „Steinbrück“ geben. Das ist ein Satz, den nur ein Mensch braucht: der, der ihn gesagt hat.

RALF BESTE, DIRK KURBJUWEIT, ANN-KATHRIN NEZIK, GORDON REPINSKI, BARBARA SCHMID

Sozialdemokrat Gabriel



„Ein Riesenbohei“

SPD-Chef Sigmar Gabriel, 53, über den unglücklichen Start des Kanzlerkandidaten und den Versuch seiner Partei, wieder in die Offensive zu kommen

MAURICE WEISS / DER SPIEGEL